



Forum

# Was kommt nach dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine?



THEODOR H. WINKLER

Theodor Winkler analysiert in einem neuen Text nicht nur die aktuelle Lage in der Ukraine und ihre geopolitischen Auswirkungen im Westen und in Asien, sondern leitet auch konkrete Vorschläge für die Sicherheits- und die Aussenpolitik der Schweiz ab. Für Winkler spielen dabei die westlichen Werte und die Kooperation in der internationalen Gemeinschaft

eine zentrale Rolle. Der Autor fordert eine ehrliche und offene Diskussion darüber, über welche Fähigkeiten die Schweizer Armee verfügen muss. Nach Winkler darf die Schweiz nicht zu einer «Zone minderer Sicherheit» in Europa werden. Die Anstrengungen der Schweiz müssten auch als Beitrag zur Sicherheit Europas gesehen werden.



**ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER** gilt als «sicherheitspolitischer Vordenker» der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der Schweizer Sicherheitspolitik der 1990er Jahre und geistiger Vater der drei Genfer Zentren des Bundes: Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF). Theodor Winkler stand dem DCAF von 2000 bis 2016 als dessen Direktor vor. Zusammen mit Philippe Burrin konzipierte Winkler auch die «Maison de la Paix», einen modernen Glaskomplex im Zentrum des internationalen Genf, der eine der bedeutsamsten sicherheitspolitischen Denkfabriken der Welt beherbergt. E-Mail: [thewinklers@bluewin.ch](mailto:thewinklers@bluewin.ch)

### Fassungslose Zeugen

Wir werden heute fassungslose Zeugen, wie Wladimir Putin, der Präsident Russlands, die Ukraine, das zweitgrösste Land Europas, in einem brutalen Eroberungskrieg, der in krassem Gegensatz zu allen Regeln des Völkerrechts steht, langsam in einen riesigen Trümmerhaufen verwandelt. Russland strebt offen an, grössere Teile der Ukraine, vor allem in Süden und Osten des Landes, gewaltsam zu annektieren. Das scheint auch Odessa und die verbleibende Küstenregion einzuschliessen, was Russland eine Landbrücke zum russisch besetzten Transnistrien verschaffen würde, die Ukraine hingegen vom Meer abschnitte. Die «Rest-Ukraine» würde nicht über eine volle Souveränität verfügen und drohte, zu einer Art gedemütigtem Vasallen-Staat zu werden. Ferner verlangt Putin von der NATO den Verzicht, weitere Mitglieder in Osteuropa in die Allianz aufzunehmen. Er schloss weitere Operationen gegen Staaten im Osteuropa bewusst nicht aus. Und er drohte von Anfang an mit dem Atomknüppel. Dies ist im Grunde nichts weniger, als dem Westen eine Pistole auf die Brust zu drücken, und ein Zurück zu den Beschlüssen der Konferenz von Jalta zu verlangen – die zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, als hunderte von sowjetischen Divisionen im Herzen Europas standen und dort auch zu bleiben gedachten.

Was schockiert, ist nicht nur der Angriff an sich, sondern auch seine Brutalität. Die Zivilbevölkerung werde geschont, erklärte Putin zu Beginn der Operationen.

**«Was schockiert, ist nicht nur der Angriff an sich, sondern auch seine Brutalität.»**

Dem ist keineswegs so. Sie erleidet nicht nur «Kollateralschäden», sondern wird gezielt beschossen. Die Bilder aus Mariupol gleichen denen aus Grosny und Aleppo bis ins Detail. Der von Putin nach dem Scheitern der ersten Welle der Invasion nach zwei Monaten ernannte Oberkommandierende General Alexander Dvernikow hatte die sowjetischen Operationen in Syrien mit brutaler Härte geführt. Als nach zwei Monaten erbitterter Kämpfe die ukrainischen Streitkräfte verlo-

renes Territorium im Raum Kiew zurückzuerobern vermochten, stiessen sie auf Kriegsverbrechen, Orte wie die Stadt Buschta, wo Hunderte von Zivilisten massakriert worden waren. In Strassengräben lagen Leichen junger Mädchen, die vergewaltigt worden waren. Massengräber für weitere 2000 Menschen wurden auf Satellitenbildern entdeckt. Bald waren über 12 Millionen Ukrainer auf der Flucht: 4,5 Millionen in Westeuropa, 8 Millionen innerhalb des leidgeprüften Landes selbst. Gegen Russland und Putin wurden Verfahren wegen Kriegsverbrechen und Genozid eröffnet.

Ein Schock war auch, dass China, das zuvor wahrscheinlich von Putin über seine Pläne informiert worden war, diesen deckte. Es nahm einen Standpunkt ein, der weit von einer Verurteilung entfernt war. Man wird künftig mit der Möglichkeit zu rechnen haben, dass die beiden Regime gemeinsame Sache machen. Der tiefste Schock aber wurde von der Erkenntnis ausgelöst, dass man während Jahren, ja Jahrzehnten bewusst, gezielt und erfolgreich von Putin belogen worden war. Putin hatte ihnen allen einen Bären aufgebunden. Alles, was man erreicht zu haben glaubte, war möglicherweise nichts weiter als Teil einer gigantischen Desinformations-Kampagne, eine «Maskirovka».

Vergleichbares hatte man in Westeuropa seit den Tagen Adolf Hitlers nicht mehr gesehen. Hitler wählte das kaiserliche Heer im Ersten Weltkrieg als im Felde unbesiegt, als Opfer eines Dolchstosses in den Rücken. Den Vertrag von Versailles, der Deutschland die Kriegsschuld auferlegte, lehnte er entschieden ab. Putin betrachtet das Auseinanderfallen der Sowjetunion als den grössten «geopolitischen Fehler» des 20. Jahrhunderts. Sein Ziel ist es, für Russland die Glorie, die Macht und den Respekt, den die UdSSR genoss, zurückzugewinnen. Das ist nicht einfach. Aber Putin sieht sich als neuen Peter den Grossen. Er riskiert jedoch, zu einem Nikolaus II. zu werden.

### Russlands Abstieg

Putins grosser Wurf, mit dem er alles auf eine Karte gesetzt hat, und mit dem er den dekadenten Westen in Panik zu versetzen suchte, ist gescheitert. Zwar sind die Kämpfe mit der Ukraine noch in vollem Gang. Putin hat einen Oberkommandierenden eingesetzt, den Stoss gegen Kiew (vorderhand?) eingestellt und führt neue schwere Angriffe im Süden und Osten der Ukraine. Er scheint entschlos-

sen, die Sache auszukämpfen. Die neue Angriffswelle kann ein Erfolg werden und ihm die ganze Küste der Ukraine in die Hand geben. Sie kann gar zur Einkesselung von Teilen der ukrainischen Streitkräfte führen, was allenfalls einer dritten Angriffswelle den Weg nach Kiew freimachen könnte. All das ist möglich, aber nicht wahrscheinlich.

Wahrscheinlich ist vielmehr, dass es zu langwierigen, schweren Kämpfen kommt, in denen die Ukraine den psychologischen Vorteil dessen hat, der sein Land verteidigt, und zumindest im Süden in einem Gelände operieren kann, das viele Wasserhindernisse aufweist, eng gekammert, bzw. dichtbesiedelt und urban ist, also die Verteidigung bevorteilt, weil sich gepanzerte Verbände in derartigem Gelände nur sehr bedingt entfalten können. Zudem ist die Periode der Schneeschmelze, die überall in den Schwarzerde-Gebieten die Felder in für Fahrzeuge unpassierbare Sümpfe verwandelt, in vollem Gange. Motorisierte Verbände können kaum von der Strasse abweichen. Das macht lange Kolonnen verwundbar für Angriffe mit Artillerie, Kampfdrohnen oder für die ukrainische Luftwaffe. Dies dürfte zu weiteren schweren Verlusten führen. Putin dürfte den von ihm dringend bis zum 9. Mai gebrauchten Sieg nicht in den Händen haben. Ein langer Krieg ist möglich.

Russland kann zwar, wenn es denn will, die ukrainische Armee niederkämpfen. Aber das braucht Zeit und der Preis dürfte sehr hoch sein, mit Verlusten von 30–45% pro Einheit. Das sind Verluste, die zu einem Zusammenbruch der Moral führen können.

Viel wird davon abhängen, ob Selenski die Versorgungslinien in den Süden und Osten offenhalten und die dortigen Truppen weiter mit den nun immer stärker ins Gewicht fallenden westlichen Waffenlieferungen versorgen kann. Diese schliessen nun nicht nur schultergestützte Panzerabwehr- und Flabraketen ein, sondern seit Ostern auch gepanzerte Fahrzeuge, Schützenpanzer und Artillerie. MiG-29 Kampfflugzeuge, Kampfpanzer, Mehrfachraketenwerfer und moderne Flabraketen grosser Reichweite dürften folgen. Für Putin stellt diese Zunahme und die qualitative Aufwertung eine Versuchung dar, seiner «après moi le déluge»-Strategie noch eins draufzugeben und diese NATO-Logistikzwischenlager und Flugplätze anzugreifen, die heute die Lebenslinie bilden, an der das Schicksal der Ukraine

hängt. Das wäre brandgefährlich. Lawrow spricht von der realen Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

Letztlich ist es aber die schiere Entschlossenheit, nicht nur der Armee, sondern auch der vielen Freiwilligenverbände, die in der Nationalgarde zusammengeschlossen sind, ja der ganzen Nation, Widerstand zu leisten, die den Ukrainern die Fähigkeit gibt, den russischen Angriffe die Stirn zu bieten. Die ukrainischen Streitkräfte sind hoch motiviert, fühlen, dass das Recht auf ihrer Seite steht. Selenski, omnipräsent und sein Land und seine Einwohner anfeuernd, ehrlich und direkt, hat die Ukraine galvanisiert. Die Ukraine hat erst durch den russischen Angriff zusammengefunden. Heldentum ist ansteckend. So hat die «Asow-Brigade», in der ultra-nationalistische Kräfte das Sagen haben, sich entschlossen, in Mariupol bis zum letzten Mann und zur letzten Patrone zu kämpfen. Das hat die Auslösung der zweiten russischen Welle bereits merklich verzögert.

Wie immer die Invasion militärisch schliesslich endet: Putin ist der Verlierer. Der «Underdog» Ukraine hat ihm die völlig unrealistische Erwartung eines Sieges innert weniger Tage genommen und ihn zu einem langen Krieg von unbestimmter Dauer gezwungen. Hohe Verluste, eine schwer angeschlagene Moral der Truppe und Kriegsverbrechen zeigen die russischen Streitkräfte im denkbar schlechtesten Licht. Russlands militärische Fähigkeiten werden rund um den Globus niedriger eingestuft. Das tangiert sehr direkt Russlands Stellung in der Welt. Wollte Putin Russlands Abstieg in die Regional-Liga verhindern, so ist ihm dies nicht gelungen. Der Prozess hat, im Gegenteil, noch an Geschwindigkeit zugenommen.

Dazu haben zwei Faktoren beigetragen, die Putin völlig falsch einschätzte:

Erstens, der Westen stob nicht wie eine Schar verschreckter Hühner nach allen Seiten auseinander, sondern vollzog einen beeindruckenden Schulterchluss: Die nordatlantischen Bande wurden sichtbar gestärkt (sowohl Stoltenberg wie Biden spielen eine wichtige Rolle); Schweden und Finnland dürften der NATO beitreten. Die Zahl der multilateralen Brigaden an der NATO-Ostgrenze wurden verdoppelt, die amerikanische 82. Luftlande-Division (eine Elite-Einheit) und diverse Spezialeinheiten nach Europa verlegt. Die EU zeigte ebenfalls (zumindest bis zu den ungarischen



Wahlen) Einmütigkeit. Viele europäische Staaten, allen voran Deutschland, beschlossen massive Erhöhungen ihrer Verteidigungshaushalte. Gezielte Sanktionen wurden von Washington und Brüssel verfügt. Sie werden Russland schwer treffen. In den USA sind 75 % der Bevölkerung für eine harte Haltung gegenüber Russland. Es ist keine Rede mehr von einem zweiten Jalta, von einer unterwürfigen Ukraine oder der maroden und ängstlichen Dekadenz der liberalen Demokratien. Im Gegenteil: Die USA will 33 Milliarden für die Ukraine zur Verfügung stellen, davon 20 für Waffen.

Zweitens, Putin hat zwar pro forma Unterstützung auf politischer Ebene von China erhalten, aber er muss einen Preis dafür bezahlen. Dadurch, dass Beijing die Rohstofflieferungen, die Russland bisher in den Westen exportierte, die dort aber auf Dauer nicht mehr willkommen sein dürften, übernimmt, wird Putins Abhängigkeit von Xi noch grösser. Chinas BSP lag schon vor der Krise zehnmal über jenem von Russland. Putin wird schnell vom «Junior Partner» zum «ever more Junior Partner». China hat ihm in der Krise die Stange gehalten, aber sich sowohl im UN-Sicherheitsrat wie in der UN-Vollversammlung der Stimme enthalten und auch weder militärische Unterstützung angeboten oder Waffen nach Russland geliefert. Chinas Hilfe war im finanztechnischen Bereich am stärksten, hat also Russland gezwungen, sich noch stärker in die von China getragene alternative Ordnung einzubinden. Es kann auch ruhig angenommen werden, dass Beijing künftig bei ähnlichen Amokläufen zuvor nicht nur informiert, sondern konsultiert werden will.

Xi dürfte die Stärke der westlichen Reaktion überrascht haben. Das kann Taiwans Gnadenfrist verlängern. Er muss aber auch erkannt haben, dass ihm die Kombination von Russlands zunehmender Schwäche mit Putins steigender Frustration gestattet, um den D-Day Taiwan herum Russland zum Lancieren einer neuen Runde in der Konfrontation mit dem Westen zu bewegen. Russland wird für China so vom «Lesotho mit Kernwaffen» zur «Tankstelle mit Nuklearschutz im Sonderangebot». Zu Beginn des «asiatischen Jahrhunderts» bindet Putins Amoklauf amerikanische Kräfte in Europa und zwingt die USA, ihre militärischen Mittel der neuen Gefahr einer faktischen Zusammenarbeit der beiden Antagonisten anzupassen.

### Globale Auswirkungen

Die Fähigkeit des Westens, sowohl gegen Russland wie gegen China wieder genügend militärische Macht aufzubauen, um sie vom Einsatz militärischer Gewalt abzuhalten, gewinnt wieder an Gewicht. Die beiden Hemisphären sind zudem noch nicht politisch vernetzt. Die nordatlantische Gemeinschaft ist viel enger geflochten als die westliche Position in Asien, wo primär bilaterale amerikanische Bündnisse mit den wesentlichen Akteuren vor Ort das Rückgrat der westlichen Gemeinschaft darstellen. Biden hat, in der Form ungeschickt, in der Sache aber richtig, in seinem ersten Amtsjahr ein multilaterales Bündnis zwischen den USA, Grossbritannien und Australien ausgehandelt (von dem Frankreich unnötigerweise und zu seinem grossen Ärger ausgeschlossen wurde). Es ist in den nächsten Jahren von einem intensiven Feilschen sowohl durch China wie durch die USA um die Gunst der grossen Volkswirtschaften in Asien zu rechnen. Biden wäre wohl beraten, Amerikas asiatischen Partnern eine «Union of Democracies», ein Forum politischer Natur, als Plattform anbieten. Solch eine Institution würde es Staaten wie Indien und Japan, aber auch den wirtschaftlich schnell wachsenden Volkswirtschaften wie jenen der ASEAN-Staaten ermöglichen, politisch mit den USA zusammenzuwirken, um Chinas Aufstieg auszugleichen und das 21. Jahrhundert zwar zum asiatischen (aber nicht unbedingt dem chinesischen) Jahrhundert zu machen. Militärisch müssen die USA die Fähigkeit, mehr als einen grossen Krieg gleichzeitig zu führen, bewahren und stärken.

Vorbei ist jede noch verbleibende Chance, Rüstungskontrollvereinbarungen abzuschliessen. Diese müssten offensichtlich trilateral sein, was China strikte ablehnt und auch nicht in Putins Politik, den nuklearen Knüppel zu betonen, passt.

Geschmälert sind vor allem die Chancen, in den wichtigen Fragen der Menschheit, die nur auf multilateraler Ebene zu lösen sind, genügend schnelle Fortschritte zu machen und Antworten zu finden: Globale Erwärmung, Bio-Sicherheit, Cyber, Demographie und Migration, volatile Finanzmärkte. In vielen Bereichen, in denen wir in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht haben, stehen heute teils herbe, Rückschritte bevor: Armut, Hunger, Bekämpfung der Malaria, Kindersterblichkeit, Lebenserwartung, Emanzipation der Frauen im Globalen Süden – überall stehen wir, ge-



**«Der Schaden, den Putin angerichtet hat, ist in der Tat immens. Er geht weit über das Ost-West-Verhältnis hinaus und tangiert vitale Interessen der Menschheit.»**

schwächt durch die Pandemie, neuen Problemen und düstere Prognosen gegenüber.

Der Schaden, den Putin angerichtet hat, ist in der Tat immens. Er geht weit über das Ost-West-Verhältnis hinaus und tangiert vitale Interessen der Menschheit. Ihn zum Rücktritt zu bewegen oder zu stürzen, liegt klar in Russlands Interesse. Nur: Diktatoren treten nicht zurück. Und solche mit einem Geheimdiensthintergrund sind mit allen Tricks und Methoden vertraut, wie man an der Macht bleibt. Immer wieder tauchen Spekulationen auf, Putin sei krank. Genährt werden sie von den zum Teil bizarren Fernsehauftritten des russischen Präsidenten. Was immer an diesen Gerüchten dran sein mag, unzweifelhaft steht Putin seit Längerem unter ungeheurem Druck. Dass der Mann gestresst ist, wäre die Untertreibung des Jahres. Das muss schon für sich selbst genommen ein Grund zur Sorge sein.

Spannungen im Machtapparat sind heute sichtbar. Die Geheimdienste hatten die Aufgabe, die gesamten Operationen gegen die Ukraine zu planen und zu koordinieren. Es endete in einem Fiasko. Das führte zu einem hohen Mass an Spannungen hinter den Kulissen. Nachdem Putin zuerst ein knappes Dutzend Generäle abgesetzt hatte, hat er nun 150 Geheimdienstler abgesetzt und verhaftet. Putin hat schliesslich den Befehl über die Invasionskräfte einem Armeegeneral übertragen. Dieser hat nur Tage darauf die Kriegsziele Russlands öffentlich definiert: Abtretung des gesamten Ostens und Südens der Ukraine, die damit von jeglichem Zugang zum Meer abgeschnitten würde. Solche Aussagen gehören nicht in die Kompetenz der Armee, sondern der politischen Führung – es sei denn, sie seien nur zum Teil ans Ausland gerichtet, hauptsächlich aber an jemand anders. Das kann Putin sein, um ihm klar zu sagen, was die Heeresleitung will. Das kann aber auch die Heeresleitung sein, der Putin durch den Mund eines der ihren klarmachen will, dass Russland beschränkte Ziele im Krieg mit der Ukraine verfolgt. In den Sozialen

Medien mehreren sich jedenfalls die Stimmen, die ein energischeres Vorgehen gegen Kiew verlangen («Was soll das? Führen wir einen Krieg oder spielen wir nur so ein bisschen herum?»). Das sind zurzeit erst Haarrisse im Gefüge von Putins Macht; aber es wäre eine Überraschung, wenn Putin in zwei Jahren noch an der Macht wäre. Für die Streitkräfte, die unter Lenins Politruks und Stalins Massensäuberungen litten, dürfte Putin letztlich ein Tschekist sein und bleiben.

Für den Westen gilt es, das zu tun, was ihm am schwersten fällt: die Reihen geschlossen zu halten, an den Sanktionen festzuhalten und sie so auszugestalten, dass sie einen Regime-Change begünstigen. Gleichzeitig haben wir ein Interesse, der Ukraine massiv unter die Arme zu greifen und bei einem schnellen Wiederaufbau zu helfen – einerseits, um den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen, andererseits, um aus dem Land einen Gegenentwurf zu Russland zu machen, der die Russen zum Nachdenken bringen soll. Für Russland bei Weitem die beste Option wäre, mit Europa friedlich zusammenzuarbeiten. Das hat Putin für absehbare Zeit verhindert. Sein Rundumschlag hat keines der von ihm perzipierten Probleme gelöst, viele verschärft. Gleichzeitig hat sich sein Handlungsspielraum verengt. Er hat heute keine besseren Optionen oder Perspektiven. Ein Nachfolger wäre in einer etwas besseren Ausgangslage; ein solcher ist aber nicht in Sicht – noch ist nicht klar, dass er liberaler wäre. Sollte die Nomenklatur das Ende der langen Herrschaft Putins herbeiführen können, so wäre dem politischen Prozess der blocküberschreitenden Zusammenarbeit eine neue Chance eröffnet. Der Westen ist wohlberaten, seine Abhängigkeiten von Russland so oder so zu reduzieren. Er sollte aber auch darüber nachdenken, wie er, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, wieder Brücken zu Russland bauen kann. Auf Dauer ist es nicht möglich, Russland zu isolieren. Die Strategie des Westens muss langfristig ausgelegt und durchhaltbar (sustainable) sein.

### **Was bedeutet dies alles für die Schweiz?**

**Anpassung der Sicherheitspolitik:** Wir müssen unsere Sicherheitspolitik der neuen Lage anpassen und eine klare Strategie entwickeln, wie wir mit dem neuen Umfeld umgehen wollen. Die Verteidigungsfähigkeit des Landes muss wieder gestärkt werden. Die Zeiten der Friedensdividende sind vorbei. Die Bilder aus der



Ukraine zeigen so eindrücklich den hohen Verbrauch an Präzisionsmunition diverser Art. Die Schweiz benötigt genügend Munitionsreserven. Die Schweizer Armee verfügt über diverse Waffensysteme, die in einem Konflikt entscheidend sind, heute entweder gar nicht oder nur in beschränktem Umfang. Kampf- und andere Drohnen stechen heraus und sollten eine Priorität sein. Hier bedarf es einer Nachrüstung. Die Bedeutung weitreichender Flugabwehrraketen und Raketenabwehrsysteme vom Typ «Iron Dome» wurde auch klar unterstrichen. Die Schweizer Armee braucht vergleichbare Fähigkeiten in der Flugabwehr. Wie stark unsere Fähigkeit ist, einem Cyber-Angriff standzuhalten, geschweige denn einen Cyber-War zu gewinnen, scheint mir auch eine offene Frage zu sein. Investitionen sind zumindest angekündigt.

Solche Lücken konnten wir uns in der Vergangenheit leisten. Heute hat sich die Lage geändert. Die Bundeswehr hat klar eingestanden, dass sie ihren Auftrag, Deutschland zu verteidigen, nicht erfüllen kann. In den anderen NATO-Staaten sieht es nicht anders aus. Manches mag eingeleitet sein, braucht aber Zeit. Wir sind noch immer von Freunden umgeben, aber sie sind schlecht bewaffnet und grenzen an eine Diktatur, die Europas Grenzen mit militärischen Mitteln verändern will. Es braucht nun eine ehrliche und offene Diskussion darüber, über welche Fähigkeiten die Schweizer Armee verfügen muss.

Wir müssen die nötige Stärkung unserer Landesverteidigung nicht einfach im luftleeren Raum vornehmen, sondern darauf achten, dass sie auf das abgestimmt ist, was unsere Nachbarn tun. Wir dürfen nicht zu einer Zone minderer Sicherheit in Europa werden. Vielmehr müssen unsere Anstrengungen auch als Beitrag zur Sicherheit Europas gesehen werden.

**Nationale Interessen formulieren:** Die traditionellen Schwergewichtsbereiche der Schweizer Diplomatie sind von Putin ausgehebelt worden. Strukturen wie der Europarat und die OSZE sind als Instrumente ange-

legt, um gesamteuropäische Werte, Stabilität und Menschenrechte zu fördern. Daran ist Russland unter Putin sichtlich nicht länger interessiert. Sie müssen daher inskünftig vor allem der Pflege und Förderung westlicher Grundwerte dienen, sich also in einem Gegensatz zu Putins Russland positionieren. Das verändert die Situation. Wir müssen uns davon lösen, dass wir ständig Gutes tun wollen. Wir müssen auch nationale Interessen formulieren und diese, wenn nötig gegen den Widerstand anderer, durchzusetzen versuchen. Wir müssen unsere Rolle überdenken und sie den Realitäten

und Bedürfnissen der Staatengemeinschaft anpassen. Wir müssen aufhören, uns selbst ständig enge Grenzen zu setzen. Wir müssen stattdessen unsere nationalen Interessen definieren und diese, zusammen mit dem Fördern unserer Grundwerte, zur Leitlinie unserer Aussenpolitik und Diplomatie machen. Wir müssen wissen, wo wir heute stehen, wo wir in zehn Jahren stehen wollen, warum wir einen nicht-

permanenten Sitz im UNO Sicherheitsrat anstreben. Wir können uns nicht länger mit Platitüden zufriedengeben, ein Kuschel- und Wohlfühlstaat sein. Aussagen wie «Wenn alle Staaten neutral wären, dann gäbe es keinen Krieg» führen nirgendwohin. Die anderen Staaten sind nicht neutral. Konflikte gibt es en masse, und einzelne unserer Nachbarstaaten streben ungeschminkt die Weltherrschaft an. Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wir müssen aufhören zu denken, dass es reicht, brav zu sein. Wir müssen das Gute aktiv fördern, das Böse bekämpfen, die Zukunft unserer Kinder sichern, etwas tun.

**Neue Realitäten anerkennen:** Zu den Realitäten gehört vor allem, dass wir seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie mehr so isoliert waren wie heute. Mit dem «Befreiungsschlag», die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen zu suspendieren, haben wir den Zugang zum Europäischen Markt auf

**«Wir sind noch immer von Freunden umgeben, aber sie sind schlecht bewaffnet und grenzen an eine Diktatur, die Europas Grenzen mit militärischen Mitteln verändern will. Es braucht nun eine ehrliche und offene Diskussion darüber, über welche Fähigkeiten die Schweizer Armee verfügen muss.»**

Dauer gefährdet und Sanktionen der EU provoziert. Es gibt keine Verhandlungen über neue Zusammenarbeitsbereiche. In einer sich schnell globalisierenden Welt und angesichts der kommenden Rohstoffverknappungen und der matchentscheidenden Bedeutung der Forschung bedarf es grosser Anstrengungen, eine solche Politik nicht als selbstmörderisch zu erkennen. Exponenten der SVP haben uns immer wieder versichert, die Schweiz sei viel zu wichtig für die EU, als dass sie böse zu uns wäre. Deutschland, Österreich oder Luxemburg würden uns dann schon retten. Das waren krasse Fehleinschätzungen. Die EU hat kein Verständnis mehr für Schweizer Sonderzüge.

Reflexreaktionen wie die Verweigerung kanadischer Überflüge oder die Absage an Deutschland, Schweizer Munition an die Ukraine weitergeben zu können, dürfen nicht der Beamtenschaft überlassen werden und von dieser auf der Basis der Praxis der letzten 175 Jahre entschieden werden. Die Welt verändert sich rasend schnell. Wir müssen nicht stur der Vergangenheit folgen, sondern müssen kreativ den besten Weg suchen, wie wir die Zukunft meistern können. Die Munitionslieferungen hätten so unter dem Licht der Kriegsmaterialexporte gesehen werden können. Wir beliefern die USA seit Urzeiten mit Waffen, auch wenn wir wissen, dass sie in Kriege verwickelt sind. Die Bereitschaft, Munition aus deutschen Beständen an Kiew liefern zu lassen, hätte auch ein Signal an die Adresse Moskaus sein können. Im Vergleich: Schweden und Finnland wollen der NATO beitreten. Der kleinliche Entscheid hat uns international geschadet und unseren aussenpolitischen Spielraum eingeengt. Das ist das Letzte, was wir uns leisten sollten und können.

Die USA sehen in uns immer noch eine Steueroase. In Washington untersucht der Senat erneut das Geschäftsgeschehen der CS. Investigative Journalisten haben vor wenigen Monaten einen dem Schweizer Finanzmarkt wenig schmeichelhaften Bericht veröffentlicht. Den EU-Sanktionen gegen Russland hat sich der Bundesrat angeschlossen – aber erst nach anfänglichem Zögern. Schon warnt uns der amerikanische Botschafter, nicht auf die Idee zu kommen, den Beschluss nachlässig umzusetzen. Der Schulterchluss der liberalen Demokratien gegen Russland, der unseren zentralsten Interessen entspricht, macht unsere Partner noch allergischer auf Rosinenpickereien. Wer noch an den «Courant normal» als politisch taugliches Instrument glaubt, dem

ist nicht zu helfen. Wer meint, irgendeine Variante des Bankgeheimnisses oder irgendeinen Bezug zur Schweizer Neutralität zur Rechtfertigung von Steuerhinterziehung, Geldwäscherei oder dem Verstecken der Beute von Autokraten oder Diktatoren heranziehen zu können, lebt im falschen Jahrhundert.

**Neutralität darf Grundwerte nicht verraten:** Neutralität heisst, sich nicht militärisch an einem Konflikt zu beteiligen. Sie bedeutet nicht, Äquidistanz zwischen den Konfliktparteien zu beziehen und schon gar nicht, dass wir unsere Grundwerte verraten, das Völkerrecht missachten und die moralischen Werte ignorieren dürfen, auf denen unser Land aufgebaut ist. Sich nicht den EU-Sanktionen anzuschliessen, hätte gravierende Konsequenzen für die Schweiz gehabt. Ein solcher Entscheid hätte aber auch negative Konsequenzen für unsere Seele gehabt.

**«Neutralität heisst, sich nicht militärisch an einem Konflikt zu beteiligen. Sie bedeutet nicht, Äquidistanz zwischen den Konfliktparteien zu beziehen und schon gar nicht, dass wir unsere Grundwerte verraten, das Völkerrecht missachten und die moralischen Werte ignorieren dürfen, auf denen unser Land aufgebaut ist.»**

Wer Äquidistanz zum Teil der Neutralität macht, der macht die Schweiz zur Geisel in der Hand von Extremisten, die laufend Forderungen stellen können. Es nimmt einen Wunder, ob Magdalena Martullo-Blocher erkannte, dass sie sich von Russland erpressen liess, als sie allen Angestellten der von ihr geleiteten Firmen befahl, nicht von einem «Krieg», sondern einer «Sonderoperation» zu sprechen, wenn sie Bezug nahmen auf Putins Angriff auf die Ukraine. Im gleichen Sinn fragt man sich, was ihr Vater, alt-Bundesrat Blocher, dachte, als er erklärte: «Wenn alle Staaten neutral wären, gäbe es keinen Krieg.» Das Problem ist ja exakt, dass sie es nicht sind.

Wir müssen endlich den Schritt in die Gegenwart wagen. 1815 ist Geschichte. Heute zählt nicht, was wir nicht machen, sondern was wir tun. Neutralität wird uns nur dann gutgeschrieben werden, wenn sie der Staatenwelt konkrete Vorteile bringt – oder wie es Churchill formulierte: «It is not important whether a country is neutral or not; it is important on which side it is neutral on.» Vieles, was wir in bescheidenem Rahmen unternehmen konnten, und auf das wir grosse Hoffnungen und Aspirationen setzten, ist heute schon dabei, nicht mehr nachgefragt zu werden. In der multipolaren Welt, in der wir heute leben, suchen Akteure wie Russland oder China nicht mehr Stabilität, sondern den Sieg. Friedenserhaltende Operationen sind daher out. Der Dialog mit dem Gegner ist etwas, das sehr schnell abnimmt und eng begrenzt wird (Russland wird vermutlich bald seinen Sitz in der G20 verlieren; ebenso im Europarat und im UNO-Menschenrechtsrat.) Der Raum für Missverständnisse wächst.

**Probleme der Globalisierung lösen:** Neue Themen und Problematiken, die die Globalisierung laufend schafft, werden nicht rechtzeitig aufgegriffen. Hier besteht grosser Handlungsbedarf für die Schweiz – gefragt ist hier nicht der «Neutrale», sondern der «Engagierte», der sich für ein multilaterales Verhandlungsprojekt einsetzt, dem grosse Bedeutung zukommt, das aber wegen der angespannten internationalen Lage auf der Strecke zu bleiben droht. Die Schweiz kann, je nach Umständen, als «Honest Broker», Lobbyist, Advokat oder «Facilitator» Ideen, die für unsere Zukunft wichtig sind, aufgreifen und eine multilaterale Lösung sondieren. Der Unterschied zu den traditionellen «Guten Diensten» ist wesentlich. Die Schweiz wartet in diesem Denkansatz nicht, bis sie von einem Drittstaat um Hilfe bei der Lösung eines spezifischen Problems, meistens um eine Dienstleistung gebeten wird (z. B. dessen Interessen in einem anderen Staat zu vertreten). Vielmehr sucht sie aus eigener Initiative Verhandlungsgegenstände aus, die sie zu Verhandlungstischen verdichten will, wenn genügend Interesse vorhanden ist. Teilnehmer sollten aus allen politischen Camps kommen. Letztlich ist es aber vor allem wichtig, genügend «able and willing» für die Idee einzunehmen, damit eine Aushandlung eines Textes (sei er nun politisch oder gar rechtlich bindend) möglich wird.

Bespiele gibt es viele:

1. Benötigt wird ein Weg, die kritische zivile Infrastruktur, besonders Kernkraftwerke und Spitäler, im Krieg effizient zu schützen. Hier wäre eine bindende multilaterale Regelung anzustreben. Als Depositar-Staat der Genfer Rotkreuz-Konventionen wäre die Schweiz legitimer Initiator für eine exploratorische diplomatische Initiative in diesem Bereich. Zur Erinnerung: Russland hat im Krieg gegen die Ukraine militärische Operationen gegen das grösste Kernkraftwerk Europas geführt und Gebäude auf dem Terrain in Brand geschossen, und es hat die Ruine von Tschernobyl besetzt – ohne die geringste Ahnung zu haben, wie der Sarkophag stabil gehalten werden muss. Es hat Infanterie sich in der am stärksten verseuchten Parzelle des Werkes eingraben lassen und damit den sicheren Tod dieser Soldaten in Kauf genommen – wohl nicht aus böser Absicht, sondern aus purer Ignoranz. Der Eindruck, den die russischen Truppen hinterlassen haben, ist der, dass sie sich in keiner Weise der Problematik bewusst, geschweige denn auf sie vorbereitet sind.
2. Aber gefährliche Lücken bestehen auch bei uns. Die Elektrizitätswerke und Leitungsnetze, die in der Schweiz zur kritischen Infrastruktur gehören, sind auch heute noch kaum geschützt (obwohl sie seit 15 Jahren immer wieder als Beispiele für besonders gefährdete Objekte genannt werden). Eine exploratorische Initiative sollte dazu dienen, internationalen Konsens darüber zu erzielen, welche kritischen Infrastrukturen nicht durch Cyber-Attacken gefährdet werden dürfen (etwa der Gesundheitssektor). Die erwartete Verknappung elektrischer Energie in den kommenden Jahren macht das Thema noch aktueller.
3. Cyber wirft zahlreiche Fragen auf. So etwa: Elon Musk hat sich verschiedentlich im Krieg Russlands mit der Ukraine auf Seiten Kiews eingegriffen. Da der Mann ein geschätztes Vermögen von rund 260 Milliarden Dollar hat und sein Firmenkonglomerat mehrere der weltweit führenden Technologiefirmen umfasst, ist dies kein Detail. Die Rolle von transnationalen Cyber-Giganten in Konflikten ist ein Bereich, der dringend geklärt werden sollte. Wie kann die definitive Aufsplitterung des Internets in mindestens drei rivalisierende und nur noch marginal für die anderen Netze frei zugänglicher Netze





(freie Welt, China, Russland) sowie in eine grosse Zahl geschlossener Intranetze vermieden werden? Aber auch die Probleme des Übergangs zu künstlicher Intelligenz und Quanten-Computern – ein Sprung nicht minder gewichtig als der von analogen zu digitalen Systemen – eröffnet verschiedene multilaterale Bedürfnisse. Wie kann künstliche Intelligenz, wenn sie die Entscheid-Kompetenz hat, daran gehindert werden, den Menschen als Hauptproblem für unseren Planeten zu betrachten und sich gegen uns zu wenden? Wie einem Computer beibringen, dass er Internationales Recht zu respektieren hat, keinen Krieg anzetteln darf?

Eine Möglichkeit, den Ost-West-Dialog nicht völlig abreißen zu lassen, wäre zu prüfen, was wir gemeinsam tun müssten im Fall sich abzeichnender grosser Naturkatastrophen. Es verdiente eine internationale Koordination, wie wir auf den Ausbruch eines Super-Vulkans reagieren, dessen Asche den Himmel weltweit für ein Jahr oder mehr verdunkeln kann. Oder: Was wollen wir tun, wenn ein grosser Asteroid auf Kollisionskurs mit der Erde ist (jährlich werden 8000 neue Asteroiden entdeckt). Was tun, wenn in einer Zeit erhöhter Sonnenaktivität, wie heute, eine besonders starke Eruption auf der Sonne grosse Mengen von elektromagnetischer Substanz Richtung Erde schleudert, die alle elektromagnetischen Apparate, die nicht besonders geschützt sind, zu zerstören droht?

Die Schweiz hat mit dem internationalen Genf und den zukunftsgerichteten Investitionen, die sie darin in den letzten 20 bis 25 Jahren getätigt hat (Genfer Zentren, Maison de la Paix), ein wertvolles Instrumentarium zur Hand, um das uns die Welt beneidet. In den internationalen Kernfragen der Menschheit weist die Stadt die grösste Expertendichte der Welt auf. Wir müssen mehr sein als der Gastgeber dieser Institutionen. Wir müssen versuchen, in den wichtigen bilateralen und multilateralen Dossiers eine Gruppe von «able and willing» zu schaffen – zuerst wahrscheinlich in Form vom «track 2.0» bis «track 1.0 Exchanges». Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) unter der Leitung des ehemaligen OSZE-Generalsekretärs Thomas Greminger und einem Stiftungsrat, in dem alle ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates vertreten sind, bietet sich für die Aufgabe geradezu an. Ebenso das Genfer Zentrum für Sicherheitssektorreform (DCAF). Wir müssen als

ehrllicher Makler Themen auch in schwierigen Zeiten vorantreiben und Lösungen finden.

So verstandene aktive, neugierige, kreative Neutralität hat einen Sinn, schafft Netzwerke und verschafft uns Respekt. Der Einsitz im Sicherheitsrat als nicht-permanentes Mitglied böte eine Plattform, die ersten Schritte in diese Richtung zu tun. Wir sind lange genug einfach brav gewesen. Wir müssen zur Abwechslung einmal etwas tun. ◆